

Demonstration

## *Löschen statt Sperren*

Rede von Peter Menne am 20. Juni 2009 in Frankfurt auf der Demonstration „Löschen statt Sperren“, die das Frankfurter Aktionsbündnis gegen Internetzensur gegen das am 18. Juni 2009 vom Bundestag beschlossene Zugangerschwerungsgesetz (ZugErschwG) veranstaltete

*In den Mitteilungen Nr. 205/206 (2+3/2009), S. 6-7 wurde eine leicht gekürzte Fassung gedruckt.*

*Ein Video vom zweiten Teil der Rede finden Sie auf <http://wiki.piratenpartei.de/LoeschenStattSperren#Frankfurt>.*

Liebe Freundinnen und Freunde,  
meine sehr verehrten Damen und Herren,

mein Name ist Peter Menne, ich spreche für die Humanistische Union zu Ihnen. Als Bürgerrechtsvereinigung protestieren wir scharf gegen den "Zugangerschwerungsgesetz" genannten Einstieg in die Internetzensur.

Das vorgestern verabschiedete Gesetz soll zwar gegen Kinderpornographie helfen. Doch tatsächlich hilft es den Mißbrauchsoffern nicht, tatsächlich wird eine Löschung von Kinderporno-Seiten schwerer und tatsächlich ist das der Einstieg in Internet-Zensur, in letztlich "chinesische Verhältnisse". Unter einer wohlmeinenden Überschrift wird eine Infrastruktur aufgebaut, mit der alle möglichen Inhalte im Netz zensuriert werden können.

Das sogenannte "Zugangerschwerungsgesetz" ist ungeeignet und richtet zugleich völlig unverhältnismäßige Kollateralschäden an.

Nicht nur Kinderpornographie, sondern sexueller Kindesmißbrauch insgesamt ist abscheulich, ist ein Verbrechen. Darüber sind wir alle uns einig. Doch die neuen "Stop"-Schilder verhindern keinen Kindesmißbrauch. Leider nutzt die Politik den Konsens, daß Kindesmißbrauch ein Verbrechen ist, dazu aus, das Beschneiden von Meinungs- und Informationsfreiheit und den Einstieg in Zensur öffentlich akzeptabel zu machen.

## Polizeiliche Kriminalstatistik: Anteil Mißbrauch, um Kinderpornos zu erstellen

In der Gesetzesbegründung heißt es - ich zitiere Bundestagsdrucksache 16 / 13.125: *"Problem und Ziel: Trotz nationaler und internationaler Anstrengungen zur Täterermittlung und Schließung von Webseiten bleiben Angebote mit kinderpornographischen Inhalten im Internet abrufbar und nehmen beständig zu."* Wie angestrengt die Täterermittlung bislang lief oder wie die Politik der Polizei dabei ein Bein stellt, dazu komme ich gleich noch. Nochmal der vorgebliche Anlaß für das Gesetz: da heißt es, Kinderporno *"im Internet nehme beständig zu"*.

Das klingt schlimm. Aber schlimmer noch ist, daß unsere Sicherheitspolitiker nicht mal in die Polizeiliche Kriminalstatistik hineinschauen. Dort stehen die Zahlen zum sexuellen Kindesmißbrauch im allgemeinen und zur Kinderpornographie im speziellen. Die Zahlen haben es in sich - allerdings nicht, um Internetsperren zu rechtfertigen.

Der Blick in die Polizeiliche Kriminalstatistik 2008 muß sein, ich kann Ihnen diese - polizeilich ermittelten! - Fakten nicht ersparen. 2008 gab es rund 22.000 Verdachtsfälle auf sexuellen Mißbrauch von Kindern und Jugendlichen, 2007 waren es rund 23.000 Fälle.

Die Polizeiliche Kriminalstatistik gliedert das sehr fein auf, nach Exhibitionismus, nach Beischlaf mit Kindern: rund 1.000 Fälle - und 1.000 Fälle zuviel. Dann ist unter der großen, viel zu großen Gruppe von 22.000 Fällen des sexuellen Mißbrauchs von Kindern auch eine spezielle Gruppe aufgelistet, der *"schwere sexuelle Missbrauch von Kindern zur Herstellung und Verbreitung pornographischer Schriften (§ 176a Abs. 3 StGB)"*. Das sind 81 Verdachtsfälle.

Wenn man den 1.000 vergewaltigten Kindern helfen will, fängt man damit an, das Internet zu zensieren? Das nützt den 81 Kindern, die bei pornographischem Mißbrauch auch noch gefilmt wurden, aber auch nicht viel. Vielleicht sollte man beachten, daß der ganz überwiegende Teil des Kindesmißbrauchs in der Familie oder im ganz nahen Umfeld des Kindes passiert: regelmäßig gibt es ganz enge Täter-Opfer-Beziehungen.

Wenn man sich die Polizei-Zahlen ansieht, wird man den Verdacht nicht los, daß mit dem "Zugangerschwerungsgesetz" rein symbolische Ersatzhandlungen vorgenommen werden. Kindesmißbrauch ist ein widerliches Verbrechen - von überall schallt es: *"da muß man was tun!"* Also fangen unsere Abgeordneten und Minister an, medienwirk-

sam etwas zu tun, irgendwas zu tun. Leider das Falsche: ungeeignet und völlig unverhältnismäßig.

Denn wenn der sexuelle Kindesmißbrauch vor allem in den Familien stattfindet und wenn man die Kinder wirklich schützen möchte, dann sollte man sich mal die Familien ansehen. Dabei begibt man sich allerdings in vermintes Terrain.

Denn einerseits geht es darum, in ihrer Familie mißbrauchte Kinder vor ihren Familien zu schützen. Andererseits kann es nicht darum gehen, in jedem Kinderzimmer einen Wachtmeister zu postieren. Hier wäre innovative Familien- und Sozialpolitik gefragt. Wie die aussehen könnte, wie vor allem eine Prävention jenseits von polizeilichen Zwangsmaßnahmen aussehen könnte: das kann ich hier nicht ausführen. Aber ich muß darauf hinweisen: hier wären in der Familienpolitik dickere Bretter zu bohren als ein dünnes Stop-Schild ins Internet zu stellen - ein Stop-Schild, das keinem mißbrauchten Kind hilft, aber eine Infrastruktur zur Zensur des ganzen Internets schafft.

Ein Thema in der Prävention sind sicher Sozialarbeiter, *streetworker*. Die kosten Geld, kosten sicher mehr Geld, als ein paar Webseiten zu sperren. Aber genauso sicher kosten sie weniger, als an Krediten zur Rettung von ein paar maroden Banken übrig war.

Angesichts der Fakten der Polizeilichen Kriminalstatistik schlage ich vor, das mal als Prüfstein zu nehmen, wie ernst es unseren Sicherheitspolitikern mit einem effektiven Schutz der Kinder vor sexuellem Mißbrauch ist. Bzw. nicht nur unseren Sicherheitspolitikern - gerade die Parteien, die den grundgesetzlichen "*Schutz von Ehe und Familie*" so plakativ vor sich hertragen, müssen sich fragen lassen, warum sie symbolische Ersatzhandlungen vollziehen, anstatt sich in die Arbeit für einen effektiven Schutz von Kindern auch in der Familie hineinzuknien. Ich werde das Gefühl nicht los, daß sich da manche als Schutzapostel aufspielen, obwohl die Internetzensur den allermeisten Opfern gar nichts hilft.

## Kollateralschäden

Allerdings erzeugt die Internetzensur "Kollateralschäden", wie man das heutzutage nennt. Wie ernst dabei die Informationsfreiheit beschädigt wird, ist nämlich das Kapitel, weshalb wir heute hier stehen.

Wieder einmal lohnt es, einen Blick auf die Feinheiten des Gesetzes zu werfen. Vor Kinderporno-Seiten soll ein Stoppschild aufgestellt werden - aber wie soll das realisiert werden? Solche Zugangssperren

lassen sich auf sehr verschiedenen Protokollebenen vornehmen - und treffen dann einzelne Dateien, einzelne Verzeichnisse, ganze Domains oder ganze Rechner. Rechner, auf denen sehr viele Domains liegen können. Die Auswahl, wie gesperrt wird, überläßt das Gesetz dem BKA und den Providern. Damit wird die Streuwirkung einer Sperrung, die Verhältnismäßigkeit einer Maßnahme allein der Exekutive bzw. den Ausführenden überlassen. Und vor wievielen ganz legalen Seiten urplötzlich ein Stop-Schild auftaucht - seien's bloße Informationen oder Web-Shops - ,wieviele Stoppschilder da auftauchen, bloß weil sie auf demselben Server gehostet sind, davon kann man sich dann überraschen lassen!

Nochmal, hier liegt ein dickes Problem. Es steht in freiem Ermessen des BKA, mit Kanonen auf Spatzen zu schießen - oder mit einer Schrotflinte, breit gestreut: So breit, daß viele, ganz viele mehr getroffen werden. Ein Kinderporno-Produzent wird kaum eine eigene Domain "kinderporno.de" anmelden. Sondern er wird versuchen, einzelne Bilder in einer breit angelegten Domain unterzubringen - und die soll dann komplett geschlossen werden? Hunderte oder Tausende von Webseiten mit einem Stoppschild blockieren, anstatt den Produzenten der einen Seite zu verfolgen?

Das ist ungefähr so, wie wenn in einem Kaufhaus beim Diebstahl eines Schokoriegels alle Kunden bis auf die Unterwäsche gefilzt werden - das ist absolut unverhältnismäßig!

## Löschen in angemessener Frist

Der Blick ins Gesetz zeigt so manches nicht nachvollziehbare Detail. In § 1 Abs. 2 heißt es: *"Die Aufnahme in die Sperrliste erfolgt nur, soweit zulässige Maßnahmen, die auf Löschung des Telemedienangebots abzielen, nicht oder nicht in angemessener Zeit erfolgsversprechend sind"*

Das ist doch eine echt prägnante Formulierung! Zu meinen Schulzeiten hätte der Deutschlehrer neben sowas noch dick und rot unterstrichen "Kanzleistil" geschrieben. Was heißt denn *"in angemessener Zeit"*, was ist *"zumutbarer Aufwand"*, der im nächsten Absatz gefordert wird?

Daß eine Löschung bei ausländischen Servern kaum *"in angemessener Zeit"* möglich sein wird, dafür sorgt die nächste Klausel. Denn das BKA darf sich nicht direkt an ausländische Provider wenden. Sondern das BKA muß sich auf dem Dienstwege an die ausländische Polizei wenden - das ist sicher der allerschnellste Weg!

Der AK Zensur - Arbeitskreis gegen Internet-Sperren und Zensur hat mal einen Test gemacht und die auf verschiedenen schon existierenden europäischen Sperrlisten aufgeführten Provider angemailt. Innerhalb von 12 Stunden wurden so 60 kinderpornographische Angebote gelöscht. Gelöscht - und nicht nur mit einem Stoppschild versehen. Zu der Aktion kommt hier noch ein Redebeitrag, deshalb zurück zur Sperrliste des BKA.

## Sperrliste

Das BKA soll diese Sperrliste erstellen und an die Provider übermitteln. Die sollen die Stoppschilder schalten - und zugleich die Listen vollständig und sicher vor dem Zugriff unbefugter Personen verwahren, sonst droht satte Geldstrafe. Wer darauf landet, hat zunächst keine Chance, sich dagegen zu wehren. Keine Chance, den Verdacht unabhängig überprüfen zu lassen, ob die Seite nun tatsächlich Kinderporno enthielt - oder vielleicht ganz andere, vollkommen harmlose Inhalte.

Kinderporno ist ein Verbrechen - einerseits. Andererseits kann man den Vorwurf "*Kinderporno*" als Totschlagargument nutzen. Bei zu vielen Leuten hört dann jede kritische Betrachtung auf, setzt ein Zuschlag-Reflex ein, wo ein kritischer Blick nötig bleibt. Vielleicht habe manchen von Ihnen gelesen, wie hoch die Fehlerquote bei Todesurteilen in den USA ist, die Unschuld wievieler vor allem Schwarzer Verurteilter oft erst Jahre später festgestellt wird. So hochemotional, wie der Vorwurf "*Kinderpornographie*" besetzt ist, fürchte ich, daß die Fehlerquote hier noch deutlich höher liegen wird.

Dabei sind die Kontrollmöglichkeiten noch deutlich schlechter. Nach Diskussion im Innenausschuß soll das BKA jetzt von einem "*Expertengremium*" kontrolliert werden. Die fünf Mitglieder sind dann berechtigt, die ansonsten hochgeheime Sperrliste einzusehen. Mindestens einmal im Quartal soll sich das Expertengremium treffen, um die Liste stichprobenartig zu überprüfen. Und das soll ein wirksamer Schutz vor falscher Sperrung sein?

Schon wenn man sich anschaut, wen Ursula von der Leyen in das Gremium berufen will, kommen einem arge Zweifel: Fünf Juristen sollen es sein. Der Bundesdatenschutzbeauftragte soll dazugehören. Peter Schaar hat schon abgewunken - denn das ist nicht seine Kompetenz. Ich frage: wäre da eine Stelle wie etwa die Prüfstelle für jugendgefährdende Schriften nicht erheblich besser geeignet als ein Datenschutzbeauftragter? Die beschäftigt sich täglich mit der Frage, ob ein Film - ob Sexfilm oder sonst ein Film - frei ab 18 Jahren, ab 16

oder wieviel Jahren auch immer ist. Die kennt sich mit Pornos aus - nicht Kinderpornographische Sachen, sondern ganz normale Sexfilme, aber eben nicht jugendfrei. Da könnte man eher die Kompetenz vermuten, um zu unterscheiden, was tatsächlich Kinderporno ist und was beispielsweise die Verbandszeitschrift eines FKK-Vereins.

## Was ist Kinderporno? Unterschied zum FKK

Manche FKK-Verbände haben schon Probleme bekommen. Damit sind wir beim nächsten Punkt. Sexueller Mißbrauch von Kindern ist ein Verbrechen, und ich will, daß das verfolgt wird, das möchte ich hier ausdrücklich betonen.

Aber zugleich muß man fragen: ist jedes nackte Kind ein Mißbrauchsfall? ist jede Abbildung von einem nackten Kind ein Fall von Kinderpornographie? Dann müßten auch viele Marienstatuen mit Stoppschildern behängt werden, weil da ein nacktes Jesuskind in den Armen von Maria liegt. Auch hier in Frankfurt: das Liebighaus müßte dann wohl seinen kunsthistorischen Bestand mit reichlich Stoppschildern dekorieren.

Spaß beiseite: schon im prüden wilhelminischen Kaiserreich hat die FKK-Bewegung, die Frei-Körper-Kultur-Bewegung, mühsam dafür gekämpft, daß man sich nackig in die Sonne legen darf. Das ist nicht jedermanns Vergnügen, aber für die, denen das Spaß macht, gibt's inzwischen wohl in ganz Deutschland auch einen FKK-Strand - einen FKK-Strand für die ganze Familie: Erwachsene und Kinder, denen es halt Spaß macht, sich nackt zu sonnen.

Warum ich das hier erzähle? Eine Vereinszeitschrift hat schon mal Probleme bekommen, weil sie Bilder einer ganz normalen Familie auf dem FKK-Gelände gedruckt hat. 1898 wurde der erste FKK-Verein gegründet, seit 1920 gibt's auf Sylt einen FKK-Strand - und heute soll das Treiben den Tatbestand der Kinderpornographie verwirklichen?

Nach dem neuen Gesetz muß nur ein prüder BKA-Beamter meinen, daß anständige Leute gefälligst einen Badeanzug anziehen sollten - schon landet eine Seite auf der Sperrliste. Und erst nach einem Vierteljahr soll stichprobenartig überprüft werden, ob das wirklich richtig war. Damit haben wir eine dicke Gefahr für unsere freie Gesellschaft: es ist richtig, Kinder vor sexuellem Mißbrauch zu schützen. Aber was sind die richtigen Mittel? Angemessene Mittel für eine freie Gesellschaft? Liberalität aufzubauen war ein langer Kampf, ich erinnere bloß an die Ausstellung schräg gegenüber im Historischen Museum

über die "68er" und deren Kampf gegen miefige, spießige Adenauer-Ära.

Wenn aus der Diskussion um passenden, wirksamen und angemessenen Schutz für Kinder hysterischer, blinder Aktionismus wird, dann könnte man auch Tschador oder Burka für minderjährige Mädchen fordern. Wenn man aber sieht, was das Internet, was freier Informationszugang für die Chinesen oder Iraner bedeutet, die sich das jetzt zu erkämpfen versuchen, dann kann man das Zensurgesetz nur ablehnen. Das sogenannte *"Zugangerschwerungsgesetz"* dient nicht dem Löschen von Kinderporno und dient nicht der Täterverfolgung. Aber es greift massiv in Grundrechte und Freiheit von vielen, auch Unbeteiligten ein: Darum: weg damit! Dafür demonstrieren wir hier.

Peter Menne,  
Vorsitzender des Ortsverbandes Frankfurt/Main